

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Das Auer Tageblatt kostet im Jahre monatlich 6,00 Mark, bei dem Postbestellamt vierteljährlich 1,50 Mark, monatlich 0,40 Mark. Bestellt man wöchentlich.

fernsprech-Anschluß Nr. 53.
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer.

Belegpreis: Das Auer Tageblatt kostet im Jahre monatlich 6,00 Mark, bei dem Postbestellamt vierteljährlich 1,50 Mark, monatlich 0,40 Mark. Bestellt man wöchentlich.

Nr. 292

Freitag, den 16. Dezember 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Wie die Hoff. Ztg. mitteilt, verläutet in Paris politischer Kreise, Rathenau wird demnächst zu Verhandlungen nach Paris kommen.

Eine der englischen Bedingungen für finanzielle Abmachungen mit Deutschland soll die Festigung der deutschen Regierung sein.

Am Prozeß Sadow wurde die Beweisaufnahme geschlossen; am heutigen Freitag beginnen die Plädoyers.

Die vereinte Schweizer Bundesversammlung wählte gestern den Bundesrat Haag zum Bundespräsidenten für das Jahr 1922 und den Bundesrat Scheurer zum Vizepräsidenten. Bundesrat Haag war 1917/18 Schweizerischer Gesandter in Berlin.

Nach einer Neutermelung aus Washington bestätigt sich die Nachricht vom Ausschluß eines Abkommens über das Verhältnis der Flottenmächte zwischen Amerika, Großbritannien und Japan.

Reichsregierung und Parteien.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die gegenwärtige Reichsregierung legt sich bekanntlich nicht auf Parteibetretern, sondern auf Persönlichkeiten zusammen. Das ist vom Reichskanzler bei ihrer Bildung deutlich ausgesprochen worden, und daß in diesen Tagen das Zentrum bei einer Ausschlußabstimmung wiederholt betont, als darauf hingewiesen wurde, daß es mit der Sozialdemokratie doch in der Koalition sei und deshalb nicht gegen sie stimmen dürfe, da in Wirklichkeit sämtliche politischen Minister des Kabinetts Wirth nur der Sozialdemokratie und dem Zentrum angehören, so gehört eine solche Abstraktion von den Realitäten des politischen Lebens dazu, wenn man glauben soll, daß die gegenwärtige Reichsregierung keine Koalition von Parteien hinter sich habe. Aber es entsteht dann auch die weitere Frage, wer denn das gegenwärtige Kabinett überhaupt parlamentarisch stützt. Bisher hat nur eine einzige Abstimmung stattgefunden, die diese Frage unbeantwortet ließ. Es war die Oktober-Abstimmung über die Annahme des oberösterreichischen Diktats. Damals haben die beiden sozialistischen Parteien, das Zentrum und die Demokraten die Regierungserklärung Wirths gebilligt. Aber das war kein Vertrauensvotum für das Kabinett, sondern, wie der demokratische Fraktionsredner Dr. Schilling im Auftrage seiner Fraktion ausdrücklich betonte, nur eine Zustimmung zu dem einzelnen, damals gerade zur Entscheidung stehenden Akt. Auch bei den Reichstagssozialisten und beim Zentrum ist jene Zustimmung nicht als eine dauernde Vertrauensfundament für die neue Regierung aufgefaßt worden. Diese hat insofern keine Gelegenheit herbeigeführt, sich ein wirkliches parlamentarisches Vertrauensvotum zu verschaffen. Sie lebt von der Hand in den Mund und läßt es vorläufig auf den Zufall ankommen, welche Parteien sie bei den einzelnen Entscheidungen und Abstimmungen unterstützen und welche nicht. Es ist klar, daß dieser unklare Schwebezustand auf die Dauer unhaltbar ist und bei den tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der nächsten Zeit nicht aufrecht erhalten werden kann.

Das ist umso weniger möglich, als die stärkste und dem Kabinett Wirth ganz nahestehende Partei, die Sozialdemokratie, in der parlamentarischen Praxis gar nicht daran denkt, mit der Reichsregierung durch Dick und Dünn zu gehen. Sie hat sich ja schon früher in der Nationalversammlung und im Reichstag, auch als sie ordnungsmäßig in der Regierungskoalition lag, manchen Selbsterweisungs erlaubt, der den beiden anderen Koalitionsparteien äußerst unangenehm war. Gegenwärtig aber treibt sie unter Vermeidung der Gefahr, daß sie gar nicht eine Regierungspartei sei, die alle Oppositionspolitiker besonders arg. So hat sie, um nur einige Beispiele zu nennen, in den letzten Tagen im Ausschuss für das Jugendwohlfahrtsgesetz zusammen mit den Unabhängigen den Zuschuß des Reiches auf 500 Millionen Mark bemessen wollen anstelle der 100 Millionen Mark, die die Reichsregierung als die äußerste Grenze des Möglichen bezeichnet hat. Bei der Beratung im Reichsausschuss über die Erhöhung der Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen stimmte sie für 15 000 Mark als Grenze, während die Regierungsvorlage 8000 Mark vorsah und der zuständige sozialdemokratische Minister

Wadbruch selbst nur bis 10 000 Mark gehen wollte. Bei der Beratung der neuen Erhöhung der Postgebühren hielt der sozialdemokratische Vertreter im Ausschuss eine große Anklage gegen die Postverwaltung, die viel zu viel Kräfte beschäftige und sich nicht zu Entlassungen verstehen könne, während er sich von den Demokraten unter Zustimmung des Reichspostministers sagen lassen mußte, daß bisher gerade die Sozialdemokratie es gewesen sei, die den demokratischen Vorschlägen auf barbarem Verwaltung und Entlassung überzähliger Kräfte Widerstand leistete und in einem Fall sogar beantragt hatte, die Entlassungen wieder rückgängig zu machen. In den Steuerauschnüssen stellen die sozialdemokratischen Vertreter so oft Vorschläge mit stärksten Abweichungen von den Regierungsvorschlägen, daß es ermüden würde, sie alle einzeln aufzuführen. Kurz und gut, die Sozialdemokratie beweist keine Spur von Wohlwollen und Verantwortungsgesinnung gegenüber der jetzigen Regierung, in der doch so viele ihrer Mitglieder als Minister sitzen. Ja, sie trägt sogar im Einzelfalle nicht das geringste Bedenken, gegen ihre eigenen Minister zu reden und zu stimmen.

Man kann sich diese merkwürdige Tatsache nur dadurch erklären, daß die Sozialdemokratie sich heute schon auf Neuwahlen einrichtet. Sie verfährt ja auch durch ihre Führer in Versammlungen und Presse, daß sie darauf hinarbeitet. Um für diese Wahlen möglichst reiches Agitationsmaterial zu bekommen, gebärdet sie sich deshalb rücksichtslos als Oppositionspartei und geht dabei nicht nur über das Kabinett der Persönlichkeiten sondern selbst über ihre Minister hinweg, wenn sie sich einen wahlplatorischen Vorteil für die nächste Zukunft daraus verspricht. Natürlich ist dieses Verhalten der stärksten Partei des Reichstags auf die Dauer nicht nur für die Regierung, sondern auch für die anderen Parteien, soweit sie sich der vaterländischen Bedürfnisse und ihrer politischen Verantwortung bewußt sind, unerträglich. Alles gute Zureden hat bisher nichts geholfen. Es bleibt deshalb den Parteien bald nichts anderes mehr übrig, als einmal ein Beispiel zu statuieren und von radikalen Agitationsanträgen der Sozialdemokratie zur Annahme zu verhehlen, damit sie genötigt wird, vor dem Lande die Verantwortung für ihre Taktik zu tragen. Die Regierung aber sollte nun endlich die Schaffung einer breiten, tragfähigen und arbeitwilligen Parteienkoalition in die Hand nehmen, von der der Reichskanzler in seinen Reden bei der Initiative dazu noch nicht ergriffen. Wenn der Reichstag jetzt in die Weihnachtsferien geht, so wird abermals eine Gelegenheit verstreut und die Beratung der Steuern gleich nach Weihnachten aufs Schwerste geschädigt.

Bitte um Zahlungsausschub.

Für die Januar- und Februar-Rate nur 200 Millionen Goldmark vorhanden.

Der Reichskanzler hat an den Präsidenten der Reparationskommission in Paris nachstehendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident!

Wie ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die deutsche Regierung auf das Ernstlichste bemüht gewesen, die beiden nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern. Da dies nur mit Hilfe einer im Ausland aufzunehmenden Anleihe gelingen konnte, und hierbei eine wesentliche Mitwirkung der englischen Finanzwelt unerlässlich war hat die deutsche Regierung in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt. Von maßgebender Stelle ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, die zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristiger Bankkredit.

Unter diesen Umständen kann die deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu bezahlen. Selbst bei aller Anstrengung und unter Nichtachtung ihrer budgetären Lage wird die deutsche Regierung für diese Termine außer dem Wert der Sachleistungen und der Guthabens aus dem Recovery Act nicht mehr als ungefähr 150-200 Millionen Goldmark aufbringen können. Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nicht erfüllbaren Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar einen

Zahlungsausschub zu beantragen. Sie beschränkt sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bemüht ist, daß sie bei den nachfolgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird. Genehmigen Sie ihm.

(gez.) Wirth.

Die Note ist zugleich den alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht worden. Hierzu erklärt Wolffs Telegraphenbüro: In den Verhandlungen, die die Reparationskommission im Laufe des Monats November mit der deutschen Regierung in Berlin führte, hatte sich bereits die Unmöglichkeit der Zahlung der im Januar und Februar fälligen Reparationsraten ergeben. Mit Wissen und Zustimmung der Reparationskommission hatte darauf die deutsche Regierung ihre schon eingeleiteten Kreditverhandlungen dahin verdrichtet, daß sie in amtlicher Form bei den für den Kredit in Frage kommenden englischen Finanzkreisen um eine Anleihe zur Deckung der nächsten Reparationsraten nachsuchte. Dieses Kreditverlangen ist zwar nicht prinzipiell abgelehnt worden, die englische Hochfinanz erklärte vielmehr, daß sie einen Kredit nicht geben könne, so lange Deutschland mit den Reparationslasten beschwert sei, wie sie sich aus dem Londoner Ultimatum ergeben. Damit ist von autoritativer gegnerischer Seite das Problem einer Aenderung der Reparationsbedingungen zum ersten Mal aufgeworfen. Dies kann als ein Zeichen dafür betrachtet werden, daß in den Kreisen unserer ehemaligen Gegner, namentlich in England, ein Zusammenhang der deutschen Reparationsfrage mit der gesamten Weltwirtschaft zu erkennen beginnt. Die Note der deutschen Regierung zeigt aus dieser Lage die notwendigen Folgerungen, indem sie unter Hinweis auf die zurzeit unzulässige Kreditaktion um Stundung eines Teiles der zu nächst fälligen Reparationsraten ersucht, und indem sie zugleich darauf hinweist, daß auch bei den künftigen Fälligkeitsterminen Deutschland Schwierigkeiten entstehen werden, wenn sich die Gegner nicht entschließen könnten, das Problem der Reparation als Ganzes einer verständnisvollen Beratung zu unterziehen. Wenn über den Erfolg dieses deutschen Schrittes heute noch nichts gesagt werden kann, so liegt dies daran, daß zwischen den hauptbeteiligten Regierungen, der englischen und französischen, eine endgültige Aussprache erst in der nächsten Woche, wahrscheinlich anlässlich des angekündigten Besuchs Brants bei Lloyd George stattfinden wird. Die deutsche Regierung hat im Rahmen ihres Programmes der Erfüllung, im Rahmen des Möglichen dasjenige zu leisten versprochen, was Deutschland mit Aufbietung aller seiner Hilfsquellen zu leisten vermag. Sie darf von der Einsicht der Gegner erwarten, daß sie nunmehr das Ihrige dazu beitragen, um die Reparationsfrage nicht in einem Konflikt enden zu lassen, sondern sie im Sinne einer gemeinsamen Verständigung aller beteiligten Völker zu lösen.

Die neue Kohlennote der Entente.

Die Reparationskommission hat uns eine neue Note geschickt, nach der die Ausfuhr von Kohlen und Koks, soweit sie nicht im Rahmen der Reparationsverpflichtungen erfolgt, unverzüglich eingestellt werden soll. Die Lieferungen nach Holland können unverändert weitergehen. Dafür lag bereits seit dem Herbst 1920 die Genehmigung der Kommission vor. Auch jetzt bleibt man das Verbot in die Bestimmung, daß eine weitere Ausfuhr nicht ohne besondere Genehmigung erfolgen soll. Nun liegt in der Tat eine Verzögerung der deutschen Kohlenlieferungen vor. Aber diese Verzögerung ist keine deutsche Absicht, sondern das Zutreffen der Wasserwege und der Tiefstand der deutschen Ströme hat in unserem eigenen Lande eine Kohlenalamität schlimmster Art geschaffen. Zahlreiche Industrien leben nur von der Hand in den Mund. Es sind schon Zugestimmungen erfolgt. Manches Gas- und Elektrizitätswerk steht vor seiner Stilllegung, und die deutschen Druckpapierfabriken haben ihre Tätigkeit wegen Kohlenmangels bereits einschränken müssen. Viele deutsche Netzen leben nur noch von ihren Rotreserven, und es liegt durchaus im Bereiche der Wahrscheinlichkeit, daß demnächst das Erscheinen mancher Stellung in Frage gestellt sein wird. Unter diesen Umständen ist die Kohlennote der Entente ein seltsames Geschehen wirtschaftlichen Unverstandes. Gewiß gehen Kohlen ins Ausland, wenn der Transport es gerade gestattet. Im Übrigen aber handelt es sich dabei um ganz geringfügige Quantitäten. Es scheint demnach, daß man mit dem neuen Verbot andere Absichten auf Seiten der Entente verfolgt. Man will wohl auf diese Weise eine genaue Kontrolle erlangen, wofür Koks und Kohlen geliefert werden. Vielleicht spielt auch der Konkurrenzneid der französischen oder englischen Industrie mit. Deutschland hat durch die Arbeitslosenkommission gebeten, in würdevollen Verhandlungen einzutreten. Hoffentlich gelingt es, dem Unverstand der Entente zu begegnen.

enden inner Fälle ngen. ähler stische Wahl. ässer unghl swert uger 1921, eine betheiligung zug-ser Instand- it und esucht. ebote an nzel, abrit. Sa. er rüder infabrit t. pert, 1921. haus bl. 3. Kauf. 2. 7839 eblatt. huhe geb. u. A. eblatt. e! antunden, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. immer ch dem te unter b. Auer n. nuck re. 20, 11. t. welche obenmacht ch. an sich berr, bef. abgibet. 2 Damen hiet wurd. 2 Mädchen gresintell. mtel 90.— 80.— rade 4, 11. beibe mit 10 Dilling v. 100, abe 8, 1.